

Finanzmarktkrise und Zukunft der öffentlichen Banken:

Wenn's um's öffentliche Geld geht...

SachsenLB, WestLB, BayernLB – kaum eine Landesbank kommt in der aktuellen Finanzmarktkrise ungeschoren davon. Ihr Engagement auf den Finanzmärkten führt zu Abschreibungen in Milliardenhöhe und belastet Ergebnis und Kapitalbasis der Institute. Doch wer trägt diese Lasten?

Über sinkende Steuereinnahmen werden sich die Verluste der Banken auf die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden übertragen. Zusammen mit der aufgrund der Krise zurückgehenden wirtschaftlichen Dynamik ergibt sich ein pessimistisches Bild für die Steuereinnahmen der nächsten beiden Jahre. Die Landeshaushalte und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden für die Folgen der verfehlten Geschäftspolitik aufkommen: über Garantien oder Bürgschaften für die risikanten Wertpapiere bzw. durch die Zuführung neuen Kapitals an die Landesbanken. Statt wie früher Gewinne an die Finanzminister zu überweisen, werden die Landesbanken so zur Belastung für den Landeshaushalt.

Schließlich sind auch die Sparkassen betroffen, weil sie – je nach Anteil, den sie an der Landesbank halten – ebenfalls Kapital an die Landesbank zuführen müssen und einen Wertverlust ihres Anteils an der Landesbank erleiden. Schon heißt es, die Belastungsgrenze bei den Sparkassen sei erreicht. In Köln/Bonn soll der Sparkasse neues Kapital zugeführt werden, um die Kreditversorgung in der Region sicherzustellen. Der öffentliche Bankensektor wird so zur Belastung für Länder und Kommunen.

Das wirft die Frage nach seiner Zukunft auf. Sie darf aus grüner Perspektive allerdings nicht Privatisierung heißen. Wir wollen einen öffentlichen Bankensektor erhalten, indem wir grundlegende Reformen angehen. Langfristig ist in Deutschland kein Platz für mehrere Landesbanken. Wir brauchen also eine deutliche Konsolidierung auf ein oder zwei öffentliche Zentralinstitute. Diese sollen nicht mehr Eigentum der Länder sein, die offensichtlich schlechte Bankeigentümer sind. Rüttgers, Milbradt und Huber haben das bewiesen.



Gerhard Schick
Foto: B'90/Grüne

Bessere Eigentümerinnen wären die Sparkassen, die dann auch das Tätigkeitsfeld beschreiben: nicht Mehrfachpräsenz auf den internationalen Finanzplätzen und Spekulation mit hochriskanten Wertpapieren, sondern ein Geschäftsmodell, das dort ansetzt, wo die Sparkassen aufgrund ihrer Größe und Regionalorientierung an ihre Grenzen stoßen: Zum Beispiel bei Refinanzierungsgeschäften auf den Kapitalmärkten, Währungsabsicherungen oder größeren Finanzierungen für mittelständische Unternehmen.

Gerhard Schick

➔ Gerhard Schick ist finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN. Der Mannheimer ist Jahrgang 1972 und Volkswirt. www.gerhardschick.net